

Niederschrift

über die 48. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

am Mittwoch, 19. August 2020, 17:00 Uhr

im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

14. September 2020

1 von 21

Anwesende:

Mitglieder

Volker Zeidler, Vorsitzender, SPD

Dominique Kalb, 1. stellvertretender Vorsitzender, CDU

Dorothee Köpp, B90/Grüne (Vertretung für Vanessa Gronemann)

Anke Bergmann, Mitglied, SPD

Wolfgang Decker, Mitglied, SPD

Sascha Gröling, Mitglied, SPD

Hermann Hartig, Mitglied, SPD

Patrick Hartmann, Mitglied, SPD

Dr. Michael von Rüden, Mitglied, CDU

Dr. Norbert Wett, Mitglied, CDU

Dieter Beig, Mitglied, B90/Grüne

Boris Mijatovic, Mitglied, B90/Grüne

Gerhard Gerlach, Mitglied, AfD

Michael Werl, Mitglied, AfD

Mirko Düsterdieck, Mitglied, Kasseler Linke

Lutz Getzschmann, Mitglied, Kasseler Linke

Volker Berkhout, Mitglied, Piraten

Andreas Ernst, Mitglied, Parteilos (WfK)

Teilnehmer mit beratender Stimme

Chuks-Lewis Samuel-Ehiwario, Vertreter des Ausländerbeirates

Klaus Hansmann, Vertreter des Behindertenbeirates, parteilos

Magistrat

Christian Geselle, Oberbürgermeister, SPD

Ilona Friedrich, Bürgermeisterin, SPD

Dirk Stochla, Stadtrat, SPD

Susanne Völker, Stadträtin, parteilos

Ulrike Gote, Stadträtin, B90/Grüne

Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

Schriftführung

Niklas Kraft, Hauptamt - Büro der Stadtverordnetenversammlung

Edith Schneider, Hauptamt

Thorsten Bork, Hauptamt, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Stefan Rios, Amt für Kämmerei und Steuern

Antje Kühn, Amt Kindertagesbetreuung Kassel

Nicole Eglin, Hauptamt – Büro der Stadtverordnetenversammlung

Hans-Martin Böhm, Vertrauensperson Bürgerbegehren „Rettet den Karlsplatz“

Peter Kracheletz, Vertrauensperson Bürgerbegehren „Rettet den Karlsplatz“

Jennifer Kellotat, Rechtsamt

Julia Funke, Rechtsamt

Tagesordnung:

- | | |
|---|-------------|
| 1. Erlass der Sondernutzungsgebühren für öffentliche Flächen in Kassel für den Zeitraum vom 1. März 2020 bis 31. Oktober 2020 | 101.18.1752 |
| 2. Beteiligungsberichte 2017 und 2018 | 101.18.1757 |
| 3. Unterstützung Mehrgenerationenhaus Heilhaus | 101.18.1759 |
| 4. Städtische Werke Energie + Wärme GmbH
Abschluss eines Fernwärmegestattungsvertrages | 101.18.1776 |
| 5. Gewährung von Zuwendungen an verschiedene Träger für den Betrieb von Stadtteil-/Nachbarschaftstreffs | 101.18.1781 |
| 6. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2020;
- Liste S2/2020 - | 101.18.1784 |
| 7. Bürgerbegehren "Rettet den Karlsplatz" | 101.18.1786 |
| 8. Neubau Kindertagesstätte im Stadtteil Nordshausen durch die Stadt Kassel Immobilien GmbH & Co. KG (KG) | 101.18.1787 |
| 9. Honorarkräfte bei der Stadt Kassel | 101.18.1627 |
| 10. Gesetzentwurf zur Novellierung der Hessischen Gemeindeordnung betr. Ausländerbeiräte | 101.18.1628 |
| 11. NATO-Großmanöver Defender 2020 | 101.18.1631 |
| 12. Kreisklinik Wolfhagen muss geöffnet bleiben | 101.18.1644 |
| 13. Gebührenaussetzung Sondernutzung Außenbereiche | 101.18.1686 |
| 14. Kostenlose Sondernutzung für gastronomische Betriebe | 101.18.1688 |
| 15. Möglichkeiten für Online-Sitzungen schaffen | 101.18.1690 |
| 16. Anträge auf Entlassung von Beamten und Eigenkündigung von tariflich Beschäftigten der Stadt Kassel | 101.18.1701 |
| 17. Übergriffe an der Carl-Schomburg-Schule | 101.18.1703 |
| 18. Wassergebührenbescheide | 101.18.1719 |
| 19. Raumbedarf der Stadt Kassel und Umfang der Anmietung von Räumen | 101.18.1724 |
| 20. Hunde und Hundesteuer in Kassel | 101.18.1741 |
| 21. Kündigung Markthallen-GmbH | 101.18.1750 |

- | | | |
|--|-------------|----------|
| 22. Erstattung der Kitagebühren während der Corona-Schließung | 101.18.1764 | 3 von 21 |
| 23. Steueraufkommen und Erträge der Stadt Kassel während der SARS-COV-2-Pandemie | 101.18.1765 | |
| 24. Wiederankurbelungsprogramm Kopf hoch, Kassel | 101.18.1766 | |
| 25. Ächtung des N*Wortes | 101.18.1780 | |

Es ist beabsichtigt, nachfolgenden Tagesordnungspunkt in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln.

- | | |
|--|-------------|
| 26. Zivilrechtsstreit vor dem Oberlandesgericht Frankfurt a. M. (Az. 15 U 108/18) wegen Zahlungsansprüchen eines Dienstleisters für Geschwindigkeitsmessungen hier: Abschluss eines Vergleichs | 101.18.1782 |
|--|-------------|

Vorsitzender Zeidler eröffnet die mit der Einladung vom 12. August 2020 ordnungsgemäß einberufene 48. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Die Tagesordnungspunkte

1. **Erlass der Sondernutzungsgebühren für öffentliche Flächen in Kassel für den Zeitraum vom 1. März 2020 bis 31. Oktober 2020**

Vorlage des Magistrats
101.18.1752

13. **Gebührenausssetzung Sondernutzung Außenbereiche**

Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler + Piraten
101.18.1686

und

14. **Kostenlose Sondernutzung für gastronomische Betriebe**

Antrag der CDU-Fraktion
101.18.1688

werden wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Stadtverordneter Mijatovic, Fraktion B90/Grüne, beantragt wegen Beratungsbedarfs den **Tagesordnungspunkt 4** betr. Städtische Werke Energie + Wärme GmbH, Abschluss eines Fernwärmegestattungsvertrages, 101.18.1776, von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Oberbürgermeister Geselle spricht für den Magistrat dagegen. Vorsitzender Zeidler stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP + Freie Wähler + Piraten, WfK
Ablehnung: SPD, CDU, AfD
Enthaltung: --
den

4 von 21

Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag der Fraktion B90/Grüne, den Tagesordnungspunkt 4 betr. Städtische Werke Energie + Wärme GmbH, Abschluss eines Fernwärmegestattungsvertrages, von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, wird **abgelehnt**.

Auf Antrag von Stadtverordneten Ernst, Fraktion WfK, wird einvernehmlich der Tagesordnungspunkt

2. Beteiligungsberichte 2017 und 2018

Vorlage des Magistrats

101.18.1757

wegen Beratungsbedarfs von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Stadtverordneter Berkhout, Fraktion FDP + Freie Wähler + Piraten, beantragt den Tagesordnungspunkt 15, betr. Möglichkeiten für Online-Sitzungen schaffen, auf jeden Fall heute zu behandeln. Vorsitzender Zeidler stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag der Fraktion FDP + Freie Wähler + Piraten, den Tagesordnungspunkt 15, betr. Möglichkeiten für Online-Sitzungen schaffen, 101.18.1690, heute zu behandeln, wird **zugestimmt**.

Der Aufruf des Tagesordnungspunktes 15 erfolgt nach Tagesordnungspunkt 8.

Vorsitzender Zeidler stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

Die Tagesordnungspunkte 1, 13 und 14 werden wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

5 von 21

1. Erlass der Sondernutzungsgebühren für öffentliche Flächen in Kassel für den Zeitraum vom 1. März 2020 bis 31. Oktober 2020

Vorlage des Magistrats
- 101.18.1752 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Kassel erlässt den gewerblichen Nutzern öffentlicher Flächen für den Nutzungszeitraum vom 1. März 2020 bis zum 31. Oktober 2020 die nach Gebührengruppe III der Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel und über Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung) vom 24. Januar 2000 in der Fassung der zweiten Änderung vom 6. Dezember 2010 für zeitlich befristete Flächennutzungen zu erhebenden Sondernutzungsgebühren. Ausdrücklich ausgenommen sind Gebühren für dauerhafte Sondernutzungen.“

Stadtrat Stochla beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder zur Vorlage des Magistrats.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Erlass der Sondernutzungsgebühren für öffentliche Flächen in Kassel für den Zeitraum vom 1. März 2020 bis 31. Oktober 2020, 101.18.1752, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Hartig

13. Gebührenausssetzung Sondernutzung Außenbereiche

6 von 21

Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten
- 101.18.1686 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Kassel setzt die Erhebung der Sondernutzungsgebühren für Gastronomie und Einzelhandel im Außenbereich rückwirkend ab dem 01.03.2020 bis zum 31.12.2020 aus. Bereits gezahlte Gebühren werden zeitnah erstattet.

Aufgrund der Beschlussfassung der Vorlage des Magistrats betr. Erlass der Sondernutzungsgebühren für öffentliche Flächen in Kassel für den Zeitraum vom 1. März 2020 bis 31. Oktober 2020 unter Tagesordnungspunkt 1 zieht Stadtverordneter Berkhout, Fraktion FDP + Freie Wähler + Piraten, den Antrag für die Antrag stellende Fraktion zurück.

14. Kostenlose Sondernutzung für gastronomische Betriebe

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.1688 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. gastronomische Betrieben auf Antrag und überall dort, wo es möglich ist, eine Sondernutzungserlaubnis für Außengastronomie auf öffentlichen Flächen kurzfristig zu erteilen.
2. Die Sondernutzung dieser öffentlichen Flächen durch gastronomische Betriebe soll kostenfrei erteilt werden.
3. Die Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung ist mit dem Ziel zu ändern, die kostenlose Sondernutzung für die gastronomischen Betriebe zu ermöglichen.
4. Die Änderungen in 1. Bis 3. sollen zunächst bis zum 15. Oktober 2020 befristet sein.

Aufgrund der Beschlussfassung der Vorlage des Magistrats betr. Erlass der Sondernutzungsgebühren für öffentliche Flächen in Kassel für den Zeitraum vom 1. März 2020 bis 31. Oktober 2020 unter Tagesordnungspunkt 1 zieht Stadtverordneter Dr. von Rüden, CDU-Fraktion, den Antrag für die Antrag stellende Fraktion zurück.

7 von 21

➤ **Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. gastronomische Betrieben auf Antrag und überall dort, wo es möglich ist, eine Sondernutzungserlaubnis für Außengastronomie auf öffentlichen Flächen kurzfristig zu erteilen. **Bei der Erteilung der Nutzungserlaubnis sollen Flächen, die bisher für den ruhenden oder fließenden PKW-Verkehr genutzt werden, Vorrang haben vor Flächen für den Rad- und Fußverkehr.**
2. Die Sondernutzung dieser öffentlichen Flächen durch gastronomische Betriebe soll kostenfrei erteilt werden.
3. Die Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung ist mit dem Ziel zu ändern, die kostenlose Sondernutzung für die gastronomischen Betriebe zu ermöglichen.
4. Die Änderungen in 1. Bis 3. sollen zunächst bis zum 15. Oktober 2020 befristet sein.

Nachdem der Ursprungsantrag der CDU-Fraktion zurückgezogen wurde, ist der Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne obsolet.

2. Beteiligungsberichte 2017 und 2018

Vorlage des Magistrats

- 101.18.1757 -

Abgesetzt

3. Unterstützung Mehrgenerationenhaus Heilhaus

8 von 21

Vorlage des Magistrats
- 101.18.1759 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. „Die Stadt Kassel bezieht das Mehrgenerationenhaus Heilhaus weiterhin in die kommunale Planung zur Bewältigung des demografischen Wandels sowie zur Integration von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte ein und stellt die für eine Förderung durch das „Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus. Miteinander - Füreinander“ erforderliche Kofinanzierung bereit.
2. Die erforderlichen Kofinanzierungsmittel in Höhe von jährlich 10.000 € werden bei dem Produkt 311 07 (Förderung sozialer Einrichtungen und Dienste) / Sachkonto 7288000 (Sonstige soziale Erstattungen an übrige Bereiche) zur Verfügung gestellt und entsprechend im Haushaltsplan 2021 ff. veranschlagt.“

Bürgermeisterin Friedrich begründet die Vorlage des Magistrats.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Unterstützung Mehrgenerationenhaus Heilhaus, 101.18.1759, wird **zugestimmt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Dr. von Rüden

4. Städtische Werke Energie + Wärme GmbH
Abschluss eines Fernwärmegestattungsvertrages
Vorlage des Magistrats
- 101.18.1776 -

9 von 21

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Dem Abschluss eines Fernwärmegestattungsvertrages mit der Städtische Werke Energie+Wärme GmbH (EWG) wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs zugestimmt.
2. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen oder Streichungen.

Oberbürgermeister Geselle begründet die Vorlage des Magistrats.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: AfD, FDP + Freie Wähler + Piraten, WfK

Enthaltung: B90/Grüne, Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, dem Antrag des Magistrats betr. Städtische Werke Energie + Wärme GmbH, Abschluss eines Fernwärmegestattungsvertrages, 101.18.1776, **zuzustimmen**.

Stadtverordneter Berkhout, Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten, bringt für seine Fraktion folgenden Änderungsantrag ein.

➤ **Änderungsantrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten**

Der anliegende Vertragsentwurf wird in folgenden Punkten geändert:

§ 5, Absatz 2, Gestattungsentgelt wird geändert in:

- (1) Ein jährliches Gestattungsentgelt beträgt **0,0002** Cent / kWh pro gelieferter kWh Wärmeabgabe zzgl., gesetzlicher Umsatzsteuer [].
- (2) § 5, Absatz 2, Beginn der Konzessionsgebühr wird geändert in: [] ab **01.01.2021**.

- (3) § 9, Absatz 1, Satz 2 Vertragsdauer wird geändert in:
Er hat eine Laufzeit von **20 Jahren** und endet mit Ablauf des 31.12.2039.
(Die Verlängerungsoption wird gestrichen.)
- (4) § 10, Absatz 1, Stillschweigensvereinbarung wird gestrichen und ersetzt durch Transparenzgebot:
Die Vertragsparteien verpflichten sich **der Stadtverordnetenversammlung und den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Kassel Auskunft** über den Inhalt dieses Vertrages sowie über die bei der Durchführung anfallenden Informationen und Sachverhalte zu gewähren.
Abschnitt 3 wird geändert in:
Absätze 1 und 2 dieser Vorschrift gelten nicht, wenn den Vertragsparteien gesetzlich die Weitergabe von Informationen verwehrt sind.

10 von 21

Im Rahmen der Aussprache beantragt Stadtverordneter Berkhout die absatzweise Abstimmung seines Änderungsantrags.

Der Änderungsantrag wird absatzweise zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: AfD, FDP + Freie Wähler + Piraten
Ablehnung: SPD, CDU, WfK
Enthaltung: B90/Grüne, Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, **Absatz 1** des Änderungsantrags der Fraktion FDP, Freie Wähler + Piraten betr. Städtische Werke Energie + Wärme GmbH, Abschluss eines Fernwärmegestattungsvertrages, 101.18.1776, **abzulehnen**.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: AfD, Kasseler Linke, FDP + Freie Wähler + Piraten
Ablehnung: SPD, CDU, WfK
Enthaltung: B90/Grüne
den

Beschluss

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, **Absatz 2** des Änderungsantrags der Fraktion FDP, Freie Wähler + Piraten betr. Städtische Werke Energie + Wärme GmbH, Abschluss eines Fernwärmegestattungsvertrages, 101.18.1776, **abzulehnen**.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

11 von 21

Zustimmung: AfD, FDP + Freie Wähler + Piraten

Ablehnung: SPD, CDU, WfK

Enthaltung: B90/Grüne, Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, **Absatz 3** des Änderungsantrags der Fraktion FDP, Freie Wähler + Piraten betr. Städtische Werke Energie + Wärme GmbH, Abschluss eines Fernwärmegestattungsvertrages, 101.18.1776, **abzulehnen**.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: AfD, Kasseler Linke, FDP + Freie Wähler + Piraten

Ablehnung: SPD, CDU, WfK

Enthaltung: B90/Grüne
den

Beschluss

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, **Absatz 4** des Änderungsantrags der Fraktion FDP, Freie Wähler + Piraten betr. Städtische Werke Energie + Wärme GmbH, Abschluss eines Fernwärmegestattungsvertrages, 101.18.1776, **abzulehnen**.

Stadtverordneter Düsterdieck, Fraktion Kasseler Linke, bringt für seine Fraktion folgenden Änderungsantrag ein.

➤ Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke

Punkt 1 wird geändert:

[..] des beigefügten Entwurfs **mit den Ergänzungen:**

- **spätestens ab 2025 erfolgt die Fernwärmeproduktion ohne Einsatz von Kohle, spätestens ab 2030 ohne fossile Energieträger.**
- **alle B-Pläne erhalten ein Anschluss- und Nutzungsgebiet an Nah und Fernwärmenetze, die bis an das beplante Gebiet reichen zugestimmt.**

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke

Ablehnung: SPD, CDU, AfD

Enthaltung: B90/Grüne, FDP + Freie Wähler + Piraten, WfK
den

Beschluss

12 von 21

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Städtische Werke Energie + Wärme GmbH, Abschluss eines Fernwärmegestattungsvertrages, 101.18.1776, **abzulehnen**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Mijatovic

5. Gewährung von Zuwendungen an verschiedene Träger für den Betrieb von Stadtteil-/Nachbarschaftstreffs

Vorlage des Magistrats
- 101.18.1781 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadt Kassel gewährt dem Verein Jungfernkopf e. V. für den Betrieb des Stadtteiltreffs Jungfernkopf für das Jahr 2020 eine Zuwendung in Höhe von 4.000,00 €. Mittel in entsprechender Höhe stehen aus einem genehmigten Haushaltsrest beim Produkt 311 07 (Förderung sozialer Einrichtung und Dienste) zur Verfügung. Ab dem Jahr 2021 wird eine Zuwendung in Höhe von jährlich 4.000,00 € gezahlt. Die Mittel werden in der Haushaltsplanung ab 2021 entsprechend berücksichtigt.
2. Für den Betrieb der Stadtteiltreffs/Quartiere Goethe 15 sen., Süsterfeld-Helleböhn, Mittelpunkt im Brückenhof und Hafen Unterneustadt sind für das Jahr 2020 Zuwendungen in Höhe von insgesamt 94.550,00 € erforderlich. Die Mittel stehen bei dem Produkt 311 07 (Förderung sozialer Dienste und Einrichtungen) zur Verfügung.
3. Für die Projekte Leben im Quartier wurden die Bedarfe nunmehr konkretisiert. Da beabsichtigte Fördermittel nicht zum Tragen kommen konnten, besteht ergänzend zu den bereits eingeplanten Haushaltsmitteln von 120.000,00 € ein zusätzlicher Mittelbedarf in Höhe von 28.000,00 €. Mittel in entsprechender Höhe stehen aus einem genehmigten Haushaltsrest beim Produkt 311 07 (Förderung sozialer Einrichtung und Dienste) zur Verfügung.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

13 von 21

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Gewährung von Zuwendungen an verschiedene Träger für den Betrieb von Stadtteil-/Nachbarschaftstreffs, 101.18.1781, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Werl

6. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2020; - Liste S2/2020 -

Vorlage des Magistrats

- 101.18.1784 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt die in der nachfolgenden Liste S2/2020 enthaltenen überplanmäßigen Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO

im Finanzhaushalt in Höhe von 310.000,00 €.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

14 von 21

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2020; - Liste S2/2020 -, 101.18.1784, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Getzschmann

7. Bürgerbegehren "Rettet den Karlsplatz"

Vorlage des Magistrats
- 101.18.1786 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das am 3. Juli 2020 eingereichte Bürgerbegehren „Rettet den Karlsplatz“ wird zugelassen.
2. Ein Sachbeschluss mit dem Inhalt des Bürgerbegehrens wird nicht gefasst. Insoweit verbleibt es bei dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 11. Mai 2020 – Vorlage Nr. 101.18.1512 -.
3. Am 6. Dezember 2020 wird ein Bürgerentscheid mit der Fragestellung durchgeführt: „Sind Sie dafür, den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Kassel vom 11. Mai 2020, Vorlage Nr. 101.18.1512 (Neubau eines documenta-Instituts) zur Bebauung der Oberen Karlsstraße (Parkplatz) mit dem documenta-Institut aufzuheben?“

Oberbürgermeister Geselle erläutert die Vorlage des Magistrats und beantwortet Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Herr Kracheletz, Sprecher der Vertrauenspersonen des Bürgerbegehrens „Rettet den Karlsplatz“, erhält Rederecht und nimmt zu dem Bürgerbegehren Stellung.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

15 von 21

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Bürgerbegehren "Rettet den Karlsplatz", 101.18.1786, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Berkhout

8. Neubau Kindertagesstätte im Stadtteil Nordshausen durch die Stadt Kassel Immobilien GmbH & Co. KG (KG)

Vorlage des Magistrats

- 101.18.1787 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Dem Neubau einer Kindertagesstätte im Stadtteil Nordshausen, mit einer voraussichtlichen Bruttogrundfläche von 1.606 m² und voraussichtlichen Herstellungskosten in Höhe von 4.622 Mio. € wird zugestimmt.
2. Der Magistrat wird ermächtigt, mit der Stadt Kassel Immobilien GmbH & Co. (KG) einen Mietvertrag über die sich aus Herstellungskosten abgeleitete Miete abzuschließen.
3. Der Magistrat wird ermächtigt, mit der Städtischen Werke AG oder ihrer Tochtergesellschaft (AG) einen Contractingvertrag über die in der Kita Nordshausen eingebrachte technische Gebäudeausstattung in Höhe von ca. einer Mio. € abzuschließen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: FDP + Freie Wähler + Piraten

den

Beschluss

16 von 21

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Neubau Kindertagesstätte im Stadtteil Nordshausen durch die Stadt Kassel Immobilien GmbH & Co. KG (KG), 101.18.1787, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Ernst

Der Tagesordnungspunkt 15 wird vorgezogen.

15. Möglichkeiten für Online-Sitzungen schaffen

Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten
- 101.18.1690 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

(1) zu prüfen, ob Sitzungen der Stadtparlamentsgremien auf Grundlage der derzeit gültigen HGO rechtswirksam Online stattfinden können,

(2) sich bei der Landesregierung für eine rasche Anpassung der HGO einzusetzen, sofern sich herausstellen sollte, dass aktuelle HGO-Vorgaben zukünftigen Online-Sitzungen entgegenstehen,

(3) sämtliche technischen Voraussetzungen für datenschutzkonforme Online-Sitzungen auf der Grundlage von Open Source Software zu schaffen.

(4) die technischen Voraussetzungen für eine Live-Übertragung in einen weiteren öffentlich zugänglichen Raum im Rathaus und ins Internet zu schaffen.

Stadtverordneter Berkhout, Fraktion FDP + Freie Wähler + Piraten, zieht im Rahmen der Diskussion die Ziffern 3 und 4 des Antrags seiner Fraktion zurück.

➤ **Geänderter Antrag**

17 von 21

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

(1) zu prüfen, ob Sitzungen der Stadtparlamentsgremien auf Grundlage der derzeit gültigen HGO rechtswirksam Online stattfinden können,

(2) sich bei der Landesregierung für eine rasche Anpassung der HGO einzusetzen, sofern sich herausstellen sollte, dass aktuelle HGO-Vorgaben zukünftigen Online-Sitzungen entgegenstehen.

In der Sitzung wurde versehentlich ein nicht korrektes Abstimmungsergebnis festgestellt.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei Zustimmung: B90/Grüne(3), AfD(2), Kasseler Linke(2), FDP+Freie Wähler+Piraten(1), WfK(1)

Ablehnung: SPD(6), CDU(3)

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der geänderte Antrag der Fraktion FDP + Freie Wähler + Piraten betr. Möglichkeiten für Online-Sitzungen schaffen, 101.18.1690, wird **bei Stimmengleichheit abgelehnt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Bergmann

9. Honorarkräfte bei der Stadt Kassel

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke

- 101.18.1627 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

10. Gesetzentwurf zur Novellierung der Hessischen Gemeindeordnung betr. 18 von 21

Ausländerbeiräte

Antrag des Ausländerbeirates

- 101.18.1628 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

11. NATO-Großmanöver Defender 2020

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke

- 101.18.1631 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

12. Kreisklinik Wolfhagen muss geöffnet bleiben

Antrag der Fraktion Kasseler Linke

- 101.18.1644 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

13. Gebührenausssetzung Sondernutzung Außenbereiche

Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten

- 101.18.1686 -

Aufruf gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 1 und 14.

14. Kostenlose Sondernutzung für gastronomische Betriebe

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.18.1688 -

Aufruf gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 1 und 13.

15. Möglichkeiten für Online-Sitzungen schaffen

Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten
- 101.18.1690 -

19 von 21

Aufruf nach Tagesordnungspunkt 8.

16. Anträge auf Entlassung von Beamten und Eigenkündigung von tariflich Beschäftigten der Stadt Kassel

Anfrage der AfD-Fraktion
- 101.18.1701 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

17. Übergriffe an der Carl-Schomburg-Schule

Anfrage der AfD-Fraktion
- 101.18.1703 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

18. Wassergebührenbescheide

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.1719 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

19. Raumbedarf der Stadt Kassel und Umfang der Anmietung von Räumen

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.18.1724 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

20. Hunde und Hundesteuer in Kassel

Anfrage der AfD-Fraktion
- 101.18.1741 -

20 von 21

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

21. Kündigung Markthallen-GmbH

Antrag der WfK-Fraktion
- 101.18.1750 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

22. Erstattung der Kitagebühren während der Corona-Schließung

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.1764 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

23. Steueraufkommen und Erträge der Stadt Kassel während der SARS-COV-2-Pandemie

Anfrage der Fraktion FDP+ Freie Wähler + Piraten
- 101.18.1765 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

24. Wiederankurbelungsprogramm Kopf hoch, Kassel

Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten
- 101.18.1766 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

25. Ächtung des N*Wortes

Antrag des Ausländerbeirates
- 101.18.1780 -

21 von 21

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Der Magistrat beantragt den **Tagesordnungspunkt 26**, betr. **Zivilrechtsstreit vor dem Oberlandesgericht Frankfurt a. M. (Az. 15 U 108/18) wegen Zahlungsansprüchen eines Dienstleisters für Geschwindigkeitsmessungen** in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln.

Eine Begründung des Ausschlusses der Öffentlichkeit wird nicht gewünscht.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, AfD, WfK

Ablehnung: Kasseler Linke, FDP + Freie Wähler + Piraten

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats, den **Tagesordnungspunkt 26** in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln, wird **zugestimmt**.

Somit wird der **Tagesordnungspunkt**

26 Zivilrechtsstreit vor dem Oberlandesgericht Frankfurt a. M. (Az. 15 U 108/18) wegen Zahlungsansprüchen eines Dienstleisters für Geschwindigkeitsmessungen hier: Abschluss eines Vergleichs

Vorlage des Magistrats

- 101.18.1782 -

in nicht öffentlicher Sitzung behandelt. Siehe Niederschrift über den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 18:57 Uhr

Volker Zeidler
Vorsitzender

Niklas Kraft
Schriftführer